

Ursula Nonnemacher

**Rede zur Aktuellen Stunde „Die Auswirkungen des unsozialen Sparpaketes der Bundesregierung auf Brandenburg“
Antrag der SPD Fraktion DS 5/1474**

Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Am Montag veröffentlichte die PNN eine sehr schöne Karrikatur von Herrn Stuttmann, in der an einer hochherrschaftlichen Villa das Transparent prangt: „Wir Reichen wollen endlich mehr bezahlen.“ Tissy Bruns beginnt ihren Artikel „Neue soziale Ungleichheit“ am 11.6. mit folgenden Worten: „Höchste Alarmstufe, wenn Millionäre sich bei der Regierung beschweren müssen, dass sie zu wenig Steuern bezahlen.“ Wenn sich massive Proteste aus den Reihen der Union häufen, wenn der CDU-Wirtschaftsrat das Sparpaket für sozial unausgewogen hält und Bundestagspräsident Lammert von der CDU eine stärkere Belastung von Spitzenverdienern fordert, dann ist das vernichtende Urteil über die soziale Schieflage des Pakets schon gefällt. Es ist eine Rutschbahn abwärts für die Schwächsten der Gesellschaft und ein „Schutzschirm für Reiche“, wie es Herr Ernst von der Linkspartei formulierte.

Zunächst einmal begrüßt es Bündnis 90/Die Grünen, dass es überhaupt mal einen erkennbaren Sparwillen und einen Abschied vom Popanz des immerwährenden Wirtschaftswachstums in diesem Land gibt. Wenn Bundesfinanzminister Schäuble im Bundestag verkündet, das Wachstum werde in Zukunft nicht ausreichen, um den Staatshaushalt zu konsolidieren und deshalb müssten die Ausgaben verringert werden, so kann diese Hinwendung zu Realitätssinn und Vernunft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Endlich erkennt die schwarz-gelbe Bundesregierung, dass Wachstumsträumereien, die noch vor kurzem Steuersenkungen rechtfertigen sollten, unsere Probleme nicht lösen. Der Kopf ist rund, damit das Denken mal die Richtung wechseln kann und wir Grüne freuen uns über die geänderte Denkrichtung. Denn Haushaltskonsolidierung ist für uns ein Gebot des Nachhaltigkeitsgedankens und der Generationengerechtigkeit.

In einer Zeit aber, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht und in der die soziale Herkunft mehr über das Schicksal entscheidet als vor 30 Jahren, darf Sparen nicht eine derart katastrophale soziale Schieflage aufweisen. Durch „Neujustierung von Sozialgesetzen“ sollen bis 2014 30,3 Milliarden Euro bei den sozial Schwächsten gespart werden. Meine Vorredner haben schon auf die besonders empörenden Regelungen beim Elterngeld und den Unsinn, durch Streichung des Zuschusses zur Rentenversicherung bei ALG II Beziehern Menschen in die Altersgrundsicherung zu treiben und damit Kosten auf die Kommunen abzuwälzen hingewiesen. Die Bundesregierung begründet ihr

Sparpaket immer damit, dass der Sozialetat 50% des Gesamthaushaltes ausmache und damit den größten Beitrag erbringen müsse. Aus diesem Etat muss aber der größte Posten, nämlich die 80 Milliarden Euro für die Rentenversicherung herausgerechnet werden. Und dann entfallen auf den Bereich Arbeit- und Soziales 20% des Bundeshaushaltes, aber 60% der Ausgabenkürzungen!

In dem Sparpaket setzt sich die Klientelpolitik, die die Bundesregierung betreibt, unvermindert fort. Die Rücknahme der umstrittenen Steuergeschenke für Hoteliers wäre das mindeste gewesen. Wo werden die starken Schultern in diesem Land mitbelastet? Keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, keine Vermögensabgabe, kein Antasten des Ehegattensplittings, Zaghaftheit bei der Bankenabgabe, Ausklammerung der Erbschaftssteuer. Noch nicht einmal das Steuerprivileg für schwere Dienstwagen wird angetastet!

Auch beim Thema Subventionsabbau wird mit Samthandschuhen vorgegangen. Das Umweltbundesamt hat die ökologisch kontraproduktiven Subventionen auf 48 Milliarden Euro taxiert. Durch Abschaffung von Ausnahmen bei der Ökosteuer hätten sich viele Milliarden erzielen lassen und eine Beteiligung der Wirtschaft am Sparpaket hätte sich mit einem Ansatz ökologischer Modernisierung verbinden lassen. Eine Brennelementesteuer wäre positiv, solange sie nicht als Feigenblatt für Laufzeitverlängerungen mit riesiger Gewinnmaximierung herhalten muss.

Das Sparpaket trifft vorwiegend die sozial Schwachen in dieser Gesellschaft. In Brandenburg benötigen 370.000 Menschen soziale Grundsicherung. 13,5% der Haushalte sind auf finanzielle Unterstützung zum Lebensunterhalt angewiesen, vorwiegend Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Kinder. Das Sparpaket zeigt, dass der beispiellose Absturz der FDP offensichtlich noch weitergehen muss, um Korrekturen zu erzwingen.